



Paukenschlag am Donnerstag

No. 33 /2017 vom 5. Oktober 2017

Kommentare zum Zeitgeschehen von Egon W. Kreuzer

Druckversion (PDF) Kommentare: [lesen](#) [schreiben](#)

Druckversion: Sigbert Döring

Bla, bla, Bürgerkrieg

Günther Ö., der fähigste unter den Fähigen, die Deutschland jemals in die EU entsandt hat, und als Haushaltskommissar offenbar noch längst nicht an der Grenze seiner Belastbarkeit angekommen, warnt vor einem Bürgerkrieg im EU-Mitgliedsland Spanien.

Ich frage mich nicht nur, wie er darauf kommt, ich frage mich vor allem, warum ausgerechnet der diese Warnung ausstößt.

Betrachtet man die Lage, so wie ein Schachspieler eine Partie analysiert, also vollkommen neutral und an nichts interessiert als an den Möglichkeiten beider Seiten, das Spiel für sich zu gewinnen, stellt sich heraus, dass das was in Spanien derzeit vor sich geht, nicht anders enden wird als die Demonstrationen der Stuttgarter gegen den Bau des Tunnelbahnhofs.

Gewiss, die Größenordnung ist eine andere, doch macht das in diesem Falle noch keinen qualitativen Unterschied aus.

Die Befürworter der Einheit Spaniens unter Einschluss Kataloniens haben alles auf ihrer Seite, was ihre Unnachgiebigkeit stützt und rechtfertigt. Die Verfassung, das Verfassungsgericht, das Parlament, den Regierungschef, den König, die EU sowie alle Spanier, die fürchten, es ginge ihnen nach einer Abspaltung Kataloniens schlechter.

Zudem hat die Regierung alle Machtmittel in der Hand, um die nach Unabhängigkeit strebende Minderheit zu kontrollieren und nach Belieben zu sanktionieren.

Wo führende Politiker Kataloniens von der Zentralmacht mühelos verhaftet, Wahllokale gestürmt, Stimmzettel beschlagnahmt und sogar die Sitzung des Regionalparlaments untersagt werden kann, während die Bürger verkündeten, sich wegführen lassen zu wollen, und sie dennoch mit erheblicher Brutalität aus dem Weg geräumt wurden, steht so etwas wie Bürgerkrieg nicht auf dem Spielplan.

80.000 schlagkräftige Polizisten der Guardia Civil, ausgerüstet mit allem, was gut und teuer ist, wären schon Staatsmacht genug, um die Katalanen in Schach zu halten. Dass auch die spanischen Streitkräfte, zu deren Aufgaben explizit die Wahrung der territorialen Integrität Spaniens zählt, mit ihren 127.000 Soldaten von der Regierung gegen die Katalanen in Stellung gebracht werden können, lässt die Kräfteverhältnisse noch einmal in anderem Licht erscheinen.

Dazu ein kleines Zahlenspiel: von 7,5 Millionen Katalanen ist nur ungefähr die Hälfte für die Unabhängigkeit. Diese Hälfte besteht zu ungefähr 50 Prozent aus Frauen, die sich normalerweise in gewaltsamen Auseinandersetzungen zurückhalten. Unter den männlichen Unabhängigkeitsbefürwortern dürfte maximal jeder zwanzigste gewillt und fähig sein, hinter Barrikaden gegen den Staatsmacht zu kämpfen. Das gesamte Gewaltpotential, das Katalonien gegen den Mutterstaat aufbieten könnte, beläuft sich also auf kaum mehr, eher wohl viel weniger, als 90.000 Mann.

Diese 90.000 sind weder organisiert, noch für den Kampf ausgebildet, noch hinreichend bewaffnet.

Sie sind nicht in der Lage, militärisch wirksame Angriffe zu führen und allenfalls fähig, eigene Stellungen, hätten sie denn welche, unter unverhältnismäßig hohen Verlusten für kurze Zeit zu halten.

Wer also vom Bürgerkrieg schwadroniert und zugleich als Teil der EU-Kommission den spanischen Ministerpräsidenten in seiner harten Haltung unterstützt, arbeitet daran, im Vorfeld die Schuld an möglichem Blutvergießen den Katalanen in die Schuhe zu schieben, von denen bisher eben noch keine Gewalt ausgegangen ist! Das tut übrigens nicht nur Günther Ö., sogar die immer noch halblinks verortete Frankfurter Rundschau lässt im Geiste schon mal die Barrikaden brennen.

Der Versuch der katalonischen Regionalregierung mit Hilfe des Referendums Verhandlungen mit Madrid zu erzwingen, ist gescheitert, auch weil die Hoffnung, die EU würde sich als Vermittler einschalten, sich als unbegründet erwiesen hat.

Jetzt kann es nur noch darum gehen, das in Katalonien de facto geltende "Besatzungsrecht" wieder zu lockern und ohne allzu große neuerliche Einschnitte in die Autonomierechte davonzukommen.

Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass Rajoy das Regionalparlament auflösen und den katalonischen Ministerpräsident Puigdemont des Amtes entheben lässt, während Madrid eine kommissarische Regionalregierung einsetzt und Neuwahlen verspricht, für den Fall, dass die Lage wieder als entspannt gelten kann.

Gleiches könnte den Bürgermeistern jener Gemeinden drohen, die sich weigerten, das Referendum zu verhindern.

Und sollten sie nicht freiwillig das Feld räumen, wäre es eine der leichtesten Übungen, schlicht die Konten der Gemeinden zu sperren, Strom und Telefon abzuschalten und die neue Verwaltung mit allen Rechten irgendwo im Nirgendwo zu installieren.

Wirksame Gegenwehr ist nicht möglich.

In den nächsten Wochen werden nach und nach die Anführer der Unabhängigkeitsbewegung isoliert und mundtot gemacht werden. Sind die erst einmal weg, kehrt auch in der Bevölkerung wieder Ruhe ein - und vor allem, dann ist niemand mehr da, mit dem man noch verhandeln müsste.

Die eigentliche Gefahr, die von Katalonien für die herrschende Schicht ausgeht, besteht darin, dass die Bürger der EU am Beispiel Katalonien eventuell erkennen könnten, dass ihr Recht auf Selbstbestimmung sich nur noch geringfügig von dem früherer Leibeigener unterscheidet und dass daraus eine echte revolutionäre Bewegung entstehen könnte.

Doch diese Gefahr ist gering und wird nicht ernst genommen.

Bisher ist man noch mit jedem Aufbegehren fertig geworden. Die ETA im Baskenland ist ebenso untergegangen, wie die IRA in Irland. Den Front National konnte Macron aus dem Nichts kommend ausstechen, rechtskonservative Parteien, die in Polen und Ungarn die Oberhand haben, werden mit EU-Sanktionen an der Kandare gehalten. Die FPÖ in Österreich wird ebenso wie die AfD in Deutschland in den Parlamenten isoliert und von den Medien mit allen Mitteln der Propaganda noch viel weiter an den Rand gedrängt, als sie tatsächlich stehen.

Die Griechen glaubten, mit einer sozialistischen Regierung dem Diktat aus Brüssel zu entkommen und mussten feststellen, dass sie dafür mehr abgestraft wurden, als ein Südstaatensklave um 1740 in South Carolina nach misslungenem Fluchtversuch.

Katalonien ist eine wirtschaftlich potente Region. Ihre Chancen, auf mehr Autonomie und damit auf einen höheren Anteil am selbst Erwirtschafteten, standen weitaus besser als die der Griechen, weil sie "Verhandlungsmasse" einbringen konnten.

Man hat sie dennoch vollständig ignoriert, und statt ihre Wünsche und Ziele zur Kenntnis zu nehmen, hat man sie wegen dieser Wünsche und Ziele kriminalisiert.

Es war töricht, auf Nachgiebigkeit zu setzen.

Es war töricht, darauf zu setzen, die Weltöffentlichkeit würde das auf demokratische Weise ins Werk gesetzte Begehren zumindest moralisch legitimieren.

Es war töricht, in aller unschuldigen Ohnmacht überhaupt an die Macht zu appellieren.

Etwas Großes zu bewirken ist heute nur noch möglich, wenn man mächtige Verbündete gewinnen kann. Das sind nicht notwendigerweise Staaten - im Gegenteil.

Wenn aber George Soros oder eine Figur gleicher Kragenweite nicht für die Unabhängigkeit begeistert werden kann, wenn der Council on Foreign Relations kein Interesse an einer Abspaltung hat und auch Wladimir Putin abwinkt, dann sollte man die Finger davon lassen.

Auch die naive Hoffnung, Spanier würden im Zweifelsfall nicht auf Spanier schießen, zeugt von viel zu enger Denkweise.

Die EU hat längst eine eigene Truppe zur Aufstandsbekämpfung installiert, die ggfs. auch eingesetzt werden kann, ohne dass die Regierung des betreffenden Staates darum bittet. Die Truppe trägt den schönen Namen EUROGENDFOR. Im Bedarfsfall einfach googeln und möglichst viele Ergebnisse neben Wikipedia zur Kenntnis nehmen.

Und dass zur Aufstandsbekämpfung im Inneren auch mit scharfer Munition auf weiche Ziele geschossen werden darf, hat sich die EU schon im Vertrag von Lissabon genehmigt, der eigentlich als die Verfassung der EU hätte installiert werden sollen. Die Debatten um den Einsatz der Bundeswehr zur Aufstandsbekämpfung im Inneren sind also letztlich nur Verschleierungsmanöver, für längst geschaffene Tatsachen.

Liebe Katalanen,

lasst euch nicht wie die Stiere in den Arenen Restspaniens von den Pikadores hetzen und bis aufs Blut reizen, um am Ende mit elegantem Degenstoß mitten ins Herz vom dünkelfhaften Torero erledigt zu werden.

Ihr habt einen Blick in die Arena geworfen, die blutrünstige Menge auf den Tribünen gesehen, nun kehrt einfach um, verarbeitet das Erlebnis und sucht dann erst nach starken Verbündeten oder einer klugen List, bevor ihr einen neuen Anlauf wagt. Das ist nicht feige. Das ist klug.

[Das Verfassungsgericht hat doch schon die Parlamentsstizung verboten... !](#)

(<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-10/spanien-katalonien-verfassungsgericht-sitzung-parlament>)

ZEIT  ONLINE

5. Oktober 2017, 16:03 Uhr Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, afp, reuters, fa

Spanien: Verfassungsgericht untersagt Sitzung des katalanischen Parlaments

Demnach soll das katalanische Parlament am Montag nicht tagen. Beobachter hatten erwartet, dass die Regionalregierung auf der Sitzung die Unabhängigkeit ausruft.



Demonstranten auf den Straßen von Barcelona © Guillaume Pinon / NurPhoto/Getty Images

Das spanische Verfassungsgericht hat die für Montag geplante Sitzung des katalanischen Regionalparlaments offenbar untersagt. Das berichten spanische Medien unter Berufung auf Justizkreise. Das Gericht folgte damit laut

einem Bericht der Zeitung *El País* einem Antrag der Katalanischen Sozialistischen Partei, die eine Lossagung der Region von Spanien ebenso wie die Zentralregierung in Madrid ablehnt. Zuvor hatte sich abgezeichnet, dass die Regionalregierung bei der Sitzung am Montag die Unabhängigkeit Kataloniens ausrufen würde. Das Verfassungsgericht hatte auch die Unabhängigkeitsabstimmung am vergangenen

Sonntag für illegal erklärt – das hatte die Regionalregierung jedoch nicht davon abgehalten, sie durchzuführen.

Ob der katalanische Ministerpräsident Carles Puigdemont dieses Mal auf das Verfassungsgericht hört, war zunächst unklar. Zuvor hatte der Katalane angekündigt, sich nicht von seinem separatistischen Kurs abbringen zu lassen. "Wir werden soweit gehen, wie die Menschen es wollen. Aber ohne den Einsatz von Gewalt", sagte Puigdemont in einem Interview mit der *Bild*. Darin kritisierte er außerdem die Rolle der EU in dem Streit und warf ihr Untätigkeit vor. "Fundamentale Freiheitsrechte europäischer Bürger wurden verletzt. Aber von der EU kommt nichts", so Puigdemont. "Warum wird in der EU das Polizeivorgehen nicht schärfer kritisiert?"

Die Zentralregierung in Madrid handele inzwischen wie ein autoritärer Staat, sagte Puigdemont. "Die spanische Regierung lässt politische Gegner verhaften, beeinflusst Medien, lässt Websites blockieren." Zudem warf er der EU vor, bei der Beurteilung der Situation in Spanien einen anderen Maßstab anzulegen als bei anderen Ländern. "Wenn das Gleiche in der Türkei, Polen oder Ungarn passiert, ist die Empörung dagegen riesig."

Oettinger warnt vor Bürgerkrieg

Inzwischen äußerte sich ein Vertreter der EU-Kommission. Haushaltskommissar Günther Oettinger warnte vor der Gefahr eines Bürgerkrieges und rief zu Gesprächen zwischen der Zentralregierung und den Katalanen auf. "Die Lage ist sehr, sehr besorgniserregend. Da ist ein Bürgerkrieg vorstellbar, mitten in Europa", sagte er bei einer Podiumsdiskussion in München. "Man kann nur hoffen, dass zwischen Madrid und Barcelona bald ein Gesprächsfaden aufgenommen wird."

Die EU könne sich in den Streit nicht aus eigenem Antrieb einmischen. "Eine Moderation durch die EU wäre nur denkbar, wenn wir gefragt werden, aber nicht ungefragt", sagte Oettinger. Darüber hinaus sei die EU an die Regelungen in den Verfassungen der Mitgliedsstaaten gebunden und müsse diese auch achten. Ein Referendum in einer Region wie Katalonien sei in der spanischen Verfassung nicht vorgesehen. Oettinger zeigte zugleich Verständnis für den Ärger in der wohlhabenden Region Katalonien: "Die Katalanen haben das Gefühl, dass ihre wirtschaftlichen Mehrleistungen in Gesamtspanien vervespert werden und nichts mehr für die Region übrig bleibt", sagte Oettinger. Es müsse daher das Ziel sein, diese fehlende Ausgleichsbilanz in Spanien zu verbessern.

Tags zuvor hatte EU-Kommissionsvize Frans Timmermans erklärt, dass es sich für die EU-Kommission um eine interne Angelegenheit Spaniens handele. EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani hatte sich vergangene Woche ähnlich geäußert: Der Streit um die Unabhängigkeit sei ein rein spanisches Problem, bei dem die EU wenig behilflich sein könne.

Dagegen hatten mehrere Abgeordnete des EU-Parlaments am Mittwoch den Einsatz der spanischen Polizei scharf kritisiert. Das "brutale Vorgehen der spanischen Polizei" müsse auf die Tagesordnung des anstehenden EU-Gipfeltreffens in zwei Wochen gesetzt werden, forderte die österreichische Grüne Ulrike Lunacek. "Was passierte, ist skandalös", sagte der schwedische Konservative Peter Lundgren. Mitten in Europa seien Polizisten mit "brutaler Gewalt" gegen friedliche Bürger vorgegangen.

Madrid lehnt Gesprächsangebot ab

Die Krise in Spanien sei "viel ernster als der Brexit", meinte der Vizevorsitzende der Grünen-Fraktion, der Belgier Philippe Lamberts. Sie schade dem "Geist der europäischen Integration". Der Spanier Miguel Urbán Crespo von der Linksfraktion machte die Zentralregierung in Madrid für die Eskalation verantwortlich. Sie habe sich "systematisch geweigert", dem katalanischen Volk eine Perspektive anzubieten.

Puigdemont hatte der Zentralregierung am Mittwoch erneut Gespräche angeboten, was Madrid noch am selben Abend ausschlug. Man werde sich nicht erpressen lassen und über keine Gesetzesverstöße verhandeln, teilte die Regierung von Ministerpräsident Mariano Rajoy in der Nacht zum Donnerstag mit. "Sie haben schon viel Schaden verursacht, ziehen Sie die Drohung einer Abspaltung zurück", heißt es in einem Kommuniké.

Finanzindustrie von Krise verunsichert

Schaden an der Region Katalonien befürchtet auch Standard & Poor's. Die Ratingagentur drohte der katalanischen Regierung, die Kreditwürdigkeit der Region im Falle einer Abspaltung herabzustufen. Katalonien könne im Fall einer weiteren Eskalation Schwierigkeiten bekommen, sich kurzfristig selbst zu finanzieren, heißt es in einer Analyse der Agentur. Eine Entscheidung über die Kreditbewertung soll in den kommenden drei Monaten fallen.

Erste Banken scheinen ihr Engagement in der Region bereits zu überdenken. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet unter Berufung auf Insider, dass die spanische Bank Sabadell wegen der Krise über einen Abzug ihrer Konzernzentrale aus Katalonien nachdenke. Das Direktorium des katalanischen Kreditinstituts wollte noch heute, am Donnerstag, darüber beraten.

Die Unsicherheit im Land machte sich auch an der spanischen Börse bemerkbar. Der Leitindex Ibex sank um 2,85 Prozent. Das war laut Medien der größte Kurseinbruch seit dem Tag nach dem Brexit-Votum der Briten. Dem spanischen Staat scheinen Anleger jedoch weiter zu vertrauen. Bei der Auktion mehrerer Staatsanleihen nahm der Staat insgesamt 4,6 Milliarden Euro ein. Die Nachfrage übertraf das angebotene Volumen um jeweils mehr als das Doppelte.

URL: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-10/spanien-katalonien-verfassungsgericht-sitzung-parlament>

[460 Kommentare \(http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-10/spanien-katalonien-verfassungsgericht-sitzung-parlament#comments\)](http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-10/spanien-katalonien-verfassungsgericht-sitzung-parlament#comments)